

Laibacher Tagblatt.

Redaction und Expedition: Bahnhofsgasse Nr. 15

Nr. 157.

Pränumerationspreise:
Für Laibach: Ganzj. fl. 8.40;
Auflage ins Haus wirtsch. 25 kr.
Mit der Post: Ganzj. fl. 12.

Freitag, 11. Juli 1879. — Morgen: Heinrich.

Insertionspreise: Ein-
haltige Zeitzeile 4 kr., bei
Wiederholungen 3 kr. An-
zeigen bis 6 Zeilen 20 kr.

12. Jahrg.

Ungarn und die Aera Taaffe.

Ganz im Gegensatz zu ihrer Haltung gegenüber dem Ministerium Hohenwart scheinen unsere ungarischen Nachbarn der jetzigen Krisis im österreichischen Staatsleben keine weitere Beachtung schenken zu wollen. Sie spielten wenigstens eine Zeitlang die gleichgültigen Zuschauer, ja, der „Pester Lloyd“ hatte sogar kurz vor den Wahlen ganz unaufgefordert die Erklärung abgegeben, daß die Verfassungspartei auf irriger Fährte sei, wenn sie von den Magyaren eine Unterstützung für ihre Sache erwarte. Nebenbei ließ man wohl auch durchblicken, daß die Verfassungspartei es selbst verschuldet habe, wenn man sich jenseits der Leitha nicht sonderlich für die Kräftigung einer Partei erwärmen könne, welche zu wiederholten malen Neigung zeigte, den ungarischen Hegemoniegehrungen einen Niegel vorzuschieben. Wir haben damals von diesen Äußerungen einer ebenso ignoblen als unzeitgemäßen Schadenfreude schon deshalb keine Notiz genommen, weil wir der Ueberzeugung waren, daß in demselben Momente sich ein Umschwung in der öffentlichen Meinung Ungarns vollziehen werde, in welchem das slavische Element durch irgend welche Combinationen oder Allianzen mehr als bisher in den Vordergrund des österreichischen Partei- und Staatslebens tritt. Nun ist das zwar bisher noch nicht der Fall gewesen. Im Gegentheil gibt sich, wie wir gestern eines Näheren ausführten, im czechischen Lager eine gewisse Enttäuschung bezüglich der Hoffnungen kund, welche man von nationaler Seite auf den Anbruch der neuen Ära setzte. Die Ungarn hätten also noch nicht nothwendig, bloß deshalb zu der schwebenden Krisis in der Westhälfte des Reiches Stellung zu nehmen, weil sie von deren Lösung ein Ueberwuchern des slavischen Elements in

Oesterreich und infolge dessen eine Steigerung der nationalen Opposition im eigenen Lande erwarten dürfen. Wenn nun trotzdem ein Umschlag in den Anschauungen der Ungarn eintrat, wenn nun trotzdem unsere Reichsgenossen aus dem Lande der St. Stephanskronen sich eingehender mit der inneren Lage Oesterreichs befaßten und die ungarische Regierungspresse dem österreichischen Zukunftsministerium zu verstehen gibt, daß sie bei einem Ansturm auf die Verfassung sich keineswegs mit der Rolle des theilnahmslosen Beobachters begnügen wolle, so liegt der Erklärungsgrund hierfür in dem natürlichen Wechselverhältnis der beiden Reichshälften.

Der Dualismus in seiner heutigen Gestalt ist auf dem Boden der Verfassung entstanden. So lange in der Westhälfte des Kaiserstaates die Verfassungspartei am Ruder bleibt, das heißt jene Verfassungspartei, welche die Wahrung und Festigung unserer derzeitigen constitutionellen Garantien für erspriechlicher hält, als jenes unfruchtbare Spiel mit politischen Idealen, welches einerseits den Großgrundbesitz, andererseits die Ungarn mit einem leicht begreiflichen Mißtrauen erfüllen muß, dürfen die Ungarn nicht befürchten, ihre nach so langen und so harten Kämpfen errungene staatsrechtliche Stellung einzubüßen. Sollte aber der Fall eintreten, daß die Verfassungspartei durch irgend eine gegnerische Bundesgenossenschaft aus dem Sattel gehoben wird, dann ist es sehr fraglich, ob von der neuen Regierungspartei nicht zugleich mit dem Rechtsboden, auf welchem der Dualismus erwuchs, auch der Bestand des letzteren selbst gefährdet wird. Denn darüber sind die Ungarn vollständig im klaren, daß ein allenfälliger Angriff der einen oder der anderen verfassungstreuen Fraction auf das Wesen der dualistischen Regierungsform vorläufig nur die Be-

deutung eines Sturmes im Glase Wasser hat. Sie sind aber andererseits auch praktische Politiker genug, um über der in weiter Ferne stehenden Möglichkeit einer Bedrohung der ungarischen Staatsrechte durch die Verfassungspartei auf die viel näher liegende Rückwirkung zu vergessen, welche ein Sieg der österreichischen Verfassungsgegner auf die unter dem Bürgerministerium geschaffene Grundlage des derzeitigen Standes der Dinge ausüben kann. Daraus erklärt sich auch, wie der „Pester Lloyd“, nachdem er erst vor kurzem die österreichische Krisis mit vornehmer Geringschätzung behandelt, sich jetzt entschließen konnte, einer Wiener Korrespondenz Raum zu geben, welche sowohl die Haltung des Uebergangsministeriums Stremayr als auch die weitere Zukunft Oesterreichs unter einem Kabinet Taaffe keineswegs günstig beurtheilt.

Jedenfalls wurde der „Pester Lloyd“ durch den Ausgang der Reichsrathswahlen aus seiner früher zur Schau getragenen olympischen Ruhe und Selbstzufriedenheit empor geschreckt, und wenn sein Wiener Gewährsmann angesichts des als bevorstehend angenommenen Eintrittes feudaler und nationaler Elemente in den Reichsrath die Frage stellt, ob denn auch der Ausgleichsminister Taaffe wisse, was er mit der ungleichmäßigen Vöhrungsmassen des nächsten Parlaments anfangen werde, so hat er damit gewiß nur eine Frage ausgesprochen, deren noch im Rückstande befindliche Beantwortung den magyarischen Politikern ebenso viel Grund zu Befürchtungen gibt, als unserer Verfassungspartei. Zwar nimmt der Korrespondent der Pester Blätter an, daß Taaffe an der Verfassung festzuhalten gedenkt, aber er macht zugleich die vollständig richtige Bemerkung, daß dieser Programmpunkt nur dann durchführbar ist, wenn die alte Majorität der Verfassungspartei vielleicht in neuer Gliederung erhalten würde.

Deuilleton.

Die Geheimnisse der Residenz.

Nachstücke aus dem Leben.

Roman von F. Klink.

(Fortsetzung.)

Fünftes Kapitel.

Eine heimliche Ehe.

„Schweigen Sie, Herr Graf, ein Mann, der mit solchen Waffen kämpft, muß schon gewonnen haben, bevor sein Gegner sich noch gefaßt hat,“ sagte die Comtesse, sich erhebend. „Ich weiß, daß ich kein Mitleid von Ihnen zu erwarten habe, und ich würde auch nicht darum bitten. Wir bleibt keine Wahl als Ihre Freundschaft, wie Sie es zu nennen beliebt, zu dulden.“

„Und zu erwidern, Comtesse von Overdingen,“ unterbrach sie der Graf. „Wir verstehen uns jetzt. Sie haben in der That ein glänzendes Ziel erreicht. Herr von Nichtenfels ist, wie Sie wissen, ein gern gesehener Gast bei Hofe, und es sollte mich freuen, wenn er nie Veranlassung gäbe, daß man ihm mißtrauen müßte. Zugleich aber warne ich Sie, mich nicht zu hintergehen, am Tage, wo ich dies erfahre, wären Sie rettungslos verloren. — Ich empfehle mich Ihnen.“

Mathilde verbeugte sich stumm. Noch übersah sie nicht alles, was man von ihr verlangte, aber sie wußte, daß für sie schwerlich noch eine Stunde ruhigen, ungetrübten Glückes herausdämmern würde. Ihr Verlobter war ein Freund des Lichtes und der Aufklärung, und jene Menschen rechneten ihm das als ein Verbrechen an; seine Gesinnung war bei Mathildens Vater sogar ein Stein des Anstoßes bei ihrer Verlobung gewesen.

Mathilde theilte seine kühnen Ideen, das Volk groß und stark zu machen, sie hatte ihm bewundernd zugehört, wenn er diejenigen verachtete, die das Volk knechten und in seinen heiligsten Rechten antasteten wollten, die Freiheitsmänner waren seine Freunde, und wenn sie sich auch gestand, daß er auf einem gefährlichen Boden wandelte, so war er doch zu klug, um sich seinen Feinden in die Hände zu liefern. Und nun sollte sie das thun, sie, die gehofft hatte, ihm darin beizustehen und so die Gewissensbisse zu beruhigen, die vielleicht in ihr aufsteigen würden.

Bis zu ihrem Hochzeitstage sah Comtesse Mathilde den Grafen Horn nicht wieder, und sie hatte sich bereits in dem tröstlichen Gedanken eingewiegt, daß er sie vergessen habe.

Als aber die Trauung beendet war und sie den Blick erhob, da traf derselbe zuerst den

Grafen, der, an einen Pfeiler gelehnt, der Cereimonie beigewohnt hatte, und belehrte sie, daß ihre Hoffnung sie betrogen und das drohende Gespenst ihres Unglücks sie nie mehr verlassen würde. —

Nach dem Tode des Calculators Streitmann war Helene zu Fräulein Viesing übergesiedelt, so hatte es das Testament des Vaters von ihr verlangt.

Es war für Helene eine traurige Zeit. Seit Arnolds Versetzung war sie auf die Gesellschaft der halb tauben Tante allein angewiesen, und mehr und mehr bestürmte sie der quälende Gedanke, daß Arnold Donitz mit seinen Zweifeln an den redlichen Absichten des Grafen Horn recht haben könne.

Er war in letzterer Zeit fast gar nicht mehr gekommen, wenigstens so lange nicht, als er den Lieutenant Donitz bei Helene antreffen konnte. Graf Horn wußte, daß es ihm durch denselben schwer gemacht war, Helene vollkommen in sein Netz zu ziehen, und er mußte etwas wagen, wenn er nicht auf ihren Besitz verzichten wollte.

Helene hatte ihn in letzter Zeit nur immer bestürmt, sein Wort zu halten und sie zu seinem Weibe zu machen, wie er ihr versprochen, sie hatte allen seinen Liebeschwüren und Betheuerungen nur die Bitte entgegengesetzt, ihre Liebe nicht

Das Fragezeichen, welches den Ausfall der Wahlen zu der erwähnten Bedingung einer verfassungstreuen inneren Politik des Grafen Taaffe gesetzt hat, wird noch dadurch vergrößert, daß nach dem Berichte des „Pester Lloyd“ der Ausgleichsminister nach außen hin ein festes Auftreten Oesterreichs, mit anderen Worten eine Fortsetzung der Occupationspolitik und die Aufrechterhaltung der Wehrverfassung und des Heeresbudgets beabsichtigt. Denn gerade diese Absichten lassen sich nur dann realisieren, wenn die verfassungstreue Majorität noch mehr zerbröckelt. Es steht das aber in offenem Widerspruche mit obiger Vorbedingung für die angeblich verfassungstreue innere Politik Taaffe's, und wir können daher dem Organe Andrassy's nicht widersprechen, wenn es sagt, daß ein derartig zusammengestelltes Programm selbst dann zu politischen Conflicten führen müßte, wenn im nächsten Parlamente staatsrechtliche Streitfragen ganz von der Discussion ausgeschlossen würden. Wir stehen auch nicht an, diese Meinung als den Ausdruck der Ueberzeugung aller verständigen ungarischen Politiker zu bezeichnen und begreifen daher recht wohl den bitteren Vorwurf des „Pester Lloyd“ gegen das Ministerium, daß von ihm gar nichts geschehen sei, um die Wahlen im Sinne des Zustandekommens einer regierungsfähigen Majorität zu leiten. Man fürchtet eben in Pest eine neue Aera des Experimentierens und weiß, daß derartige Unglücksversuche sich in ihren traurigen Folgen nicht auf Oesterreich beschränken, sondern auch dessen stamessischen Zwillingbrüder Ungarn in sehr bedenkliche Mitleidenschaft ziehen müßte.

* * *

Einen nicht uninteressanten Beleg, wie man in ungarischen Regierungskreisen die innere Lage Oesterreichs auffaßt, bietet ein Artikel des offiziellen „Ellenör“, welcher sich gegen die Befürchtung kehrt, als ob durch das Kabinet Taaffe eine slavische Politik inaugurirt werden könnte. Dieser Gedanke sei zwar bereits ausgesprochen worden, habe aber in den Kreisen ernster Politiker nie Boden gewinnen können. Ein slavisches Oesterreich wäre eine Weile ein Vasall Rußlands, würde aber bald sammt Ungarn in den Wogen des großen slavischen Meeres untergehen. Diese Idee sei entseßlich, glücklicherweise jedoch nur ein Hirngespinnst. Wenn gleichwol ungarische Oppositionsblätter im übermüthig herausfordernden Tone sagen: „Sie möge nur kommen, die slavische Reaction; wir werden es schon mit ihr aufnehmen“ — so fragt

„Ellenör“, wo denn diese slavische Reaction zu finden sei. Er sähe sie nirgends. Der eventuelle Sturz der Verfassungspartei könne doch nicht die Auslieferung Oesterreichs an die Slaven bedeuten. Wären die Czechen infolge der Verhandlungen zwischen Herbst und Kieger in den Reichsrath getreten, dann würde dies nicht als Anfang der slavischen Aera zu deuten gewesen sein. Weil aber jene Verhandlungen gescheitert sind und die Czechen angeblich doch in den Reichsrath kommen, solle das den Sieg des Slavismus und der Reaction bedeuten? „Ell.“ beruft sich sodann auf die verschiedenen Wahlprogramme und Wahlreden, die nach seiner Ansicht beweisen, daß der Verfassungspartei die dualistische Verfassung keineswegs besonders ans Herz gewachsen sei. An eine Verbesserung der Verfassung, als welche vonseite dieser Partei ein Centralparlament ausgegeben wird, dächten selbst die schlimmsten Reactionäre nicht. Uebrigens fürchtet sich „Ell.“ vor der slavischen Reaction nicht allein deshalb nicht, weil die Verfassungspartei noch immer die Majorität besitze und der Slavismus weder dies noch jenseits der Leitha das Uebergewicht erlangen könnte; er fürchtet ihn auch deshalb nicht, weil er Hohenwart und Compagnie, für die angeblich das Terrain vorbereitet wurde, bereits kennt. Er erinnert sich, daß Hohenwart, als er auch nur einen entfernten Versuch machte, verfassungswidrige Gesinnungen kundzugeben, stürzte. Umso mehr würde dies jetzt bei dem ersten ernstesten Versuch der Fall sein. Es würden ihn nicht allein die competenten politischen Factoren, sondern auch die in beiden Reichstheilen tief wurzelnde Ueberzeugung stürzen, daß Oesterreich-Ungarn nur auf der Basis des Dualismus und der ungarisch-deutschen Hegemonie bestehen könne. Die slavische Reaction werde nicht kommen; sollte aber doch das Unmögliche möglich werden, dann würden sie nicht jene unschädlich machen, die heute in Ungarn sich mit dem Drohruf wichtig machen: sie würden ihr schon den Herrn zeigen, wenn sie käme.

Politische Tagesgeschichte.

Im czechischen Lager

scheint auch die rechte Hand nicht zu wissen, was die linke thut. Denn während der „Petrof“ vom 8. d. seine Leser mit der bestimmten Nachricht überraschte, daß zwischen Kieger und Clam-Martiniß keine Vereinbarungen betreffs Beschickung des Reichsrathes getroffen worden seien, sagt die „Politik“ vom nächsten Tage ganz naiv: „Wir wissen nicht, ob und was die Führer der nationalen Partei in Böhmen mit den Führern des autonomistischen

Großgrundbesitzes berathen und vereinbart haben. Aber, wenn eine Vereinbarung getroffen wurde, so ist sie gewiß nicht gegen das Interesse des Landes und seiner deutschen Bewohner und ebensowenig gegen die Interessen des Staatsganges gerichtet.“ — Wenn wir den eigentlichen Zweck dieser widerspruchsvollen Zeitungsnachrichten richtig auffassen, so will man es vonseite Kiegers weder mit den früheren Bundesgenossen aus dem feudalen Lager verderben, noch auch die liberale deutsche Partei durch die Nachricht über ein Compromiß der Nationalen mit den blaublütigen Reactionären kopfscheu machen. Daß, und welcher hohen Werth man darauf legt, die deutsche Bevölkerung Böhmens in ausgleichslustiger Stimmung zu erhalten, geht aus der citirten Aeußerung der „Politik“ hervor, welche offenbar nur den Zweck hat, erstere über das nunmehr kaum zu bezweifelnde Uebereinkommen zwischen Kieger und Clam-Martiniß zu beruhigen.

Die verfassungstreue Partei wird gut thun, diesen, wenn auch nicht offiziell kundgegebenen, Freundschaftsbund nicht aus den Augen zu lassen und weniger die Beruhigungsversuche der altczechischen Doppelzüngigkeit, als vielmehr die Stellung der Jungczechen zum Ministerium Taaffe in ihre politische Rechnung einzubeziehen. Denn wenn auch die „Narodni Bistý“ nicht frei von jenen hypernationalen Wünschen sind, welche bisher eine Ausöhnung der czechischen Abstinenzpolitiker mit der Verfassungspartei verhinderten, so stellt sich das leitende Organ der Jungczechen doch wenigstens auf den entschieden liberalen Standpunkt und versagt dem Grafen Taaffe jedwede Unterstützung, falls dieser die gegebene Situation nicht benützt, den Nationen Oesterreichs ihre verbürgten natürlichen Rechte zurückzugeben und eine auf dem wahren Liberalismus basierende politische Freiheit aufleben zu lassen. Sollte Graf Taaffe eine schlaue Schaakelpolitik treiben wollen zu Zwecken der äußern Politik oder gar zu Reactionszwecken, so werde die czechische Nation die erste sein, welche solche Tendenzen zurückweise. — Wir unsererseits könnten den Jungczechen nur gratulieren, wenn sie sich wirklich einmal zu einem Liberalismus aufraffen könnten, welcher den Gedanken der bürgerlichen Freiheit viel zu hoch hält, als daß er denselben der Regierungsgunst oder einem Bunde mit den Feudalen zum Opfer bringen wollte.

Das französische Garantiegesetz,

welches sowol die Beschlüsse der Kammern vor einer ungehörigen Beeinflussung durch Volksaufläufe als auch die republikanische Staatsordnung vor einem

mehr auf die Probe zu stellen, und er fühlte, daß weitere Ausflüchte ihren Argwohn nur noch mehr herausfordern könnten und ihm die Erreichung seines Zieles immer schwerer machen würden.

Graf Horn war ein zu niedriger Charakter, als daß ihn die Unschuld und Hülfslosigkeit des Mädchens hätte rühren können; er verweilte nicht einen Augenblick bei dem Gedanken, was aus Helene werden sollte, wenn er sie verließ, sondern er dachte nur daran, wie es ihm am leichtesten werden würde, das arglose Mädchen zu täuschen.

Aber Helene war ein fester Charakter, sie liebte den Grafen, aber ihre Ehre galt ihr höher als ihre Liebe, und die Befürchtungen ihres verstorbenen Vaters, der Zweifel Arnolds an dem Charakter des Grafen waren ihr eine sichere Schutzmauer gegen seine vortreffliche Ueberredungsgabe.

So blieb ihm nichts übrig, als in eine Trauung zu willigen, die Sache ließ sich dann wol später einmal arrangieren, daß dieses Band für ihn keine Fessel blieb.

Mit diesem löblichen Voratz nahm Graf Horn eines Tages seinen Weg nach dem Hause des alten Fräuleins Biesing, fest entschlossen, bei dem ersten Vorwurfe Helenens ihr den einzigen Weg einer heimlichen Trauung anzubieten. So

wie er die Sache eingefädelt hatte, war es kaum ein Wagnis, diese Verbindung einzugehen, und schlimmsten Falls war er eine zu hochgestellte Persönlichkeit, als daß er sich nicht aus einer etwaigen Verlegenheit herauswinden konnte.

Graf Horn fand Helene allein; die Tante hütete bereits lange das Krankenlager, und so war er noch nie mit der alten Dame zusammen getroffen.

Als er die Thür des Gemaches öffnete, sah er Helene an dem offenen Fenster sitzen, und er fühlte sich eigenthümlich frostig berührt, als er das bleiche Antlitz des Mädchens erblickte. War es Neue? O, gewiß nicht, Graf Horn war schon zu tief gesunken, um über eine schlechte That Neue zu empfinden. Es berührte ihn nur unangenehm, daß Helene ihm nicht wie sonst entgegenflog, sondern sich langsam von ihrem Sitze erhob, und kaum ein Wort des Willkommens fand.

Die letzte traurige Zeit, der Verlust des Vaters und Arnolds, die stete Sorge und Angst, das Zweifeln und Hoffen waren nicht spurlos an ihr vorübergegangen. Die Wange war bleich und das Auge trübe geworden vom Weinen.

Graf Horn zitterte bei dem Gedanken, daß er zu lange gezögert und sein Opfer ihm in dem

Augenblick entschwand, als er es sicher in seinen Hände wühlte.

Es muß etwas geschehen, ihren Glauben an seine Liebe herzustellen, oder sie war ihm verloren. Schon hörte er den Spott seiner Kameraden, die längst seine ausdauernde Werbung um das simple Bürgermädchen belächelt und zum Gegenstande ihrer Neckereien gemacht hatten.

„Helene!“ rief er aus, indem er beide Arme ausbreitete, als wolle er sie an sein Herz schließen, und man mußte sich wundern, wie dieser Mann es verstand, so viel Liebe und Sorge in den Ton seiner Stimme bei dem einzigen Worte zu legen.

Aber Helene warf sich nicht, wie er es erwartete, an seine Brust. Zitternd, mit zu Boden gesenktem Blick stand sie vor ihm, als wage sie nicht, die Augen zu erheben. Bei dem Laut seiner Stimme schauerte sie leicht zusammen, aber sie hatte nach mancher durchwachten Nacht einen Entschluß gefaßt, den sie um ihres eigenen Friedens willen ausführen mußte.

„Helene!“ wiederholte Graf Horn gekränkt und vorwurfsvoll, als sie bei seiner Annäherung einen Schritt von ihm zurücktrat und ihn mit der Hand von sich wehrte. „Helene, was heißt das? — Was ist hier vorgefallen?“

bewaffneten Handstreich der Verfassungsgegner schützen soll, hat einen Conflict zwischen dem Ausschusse der Deputiertenkammer und jenem des Senats hervorgerufen. Letzterer will nämlich mit Zustimmung der Regierung die ursprüngliche Fassung des Artikels 5 des Garantiegesetzes, nach welcher die Anzahl und der Bestand der zur inneren und äußeren Sicherheit beider Kammern notwendigen Truppen von den beiden Kammerpräsidenten festzustellen ist, dahin abändern, daß zwar die betreffenden Truppentkörper den Befehlen des einen oder des anderen Kammerpräsidenten unterstehen sollen, daß aber die Aufstellung derselben durch den Kriegsminister über Requisition der Kammerpräsidenten zu erfolgen habe. Die Mehrzahl des von der Deputiertenkammer eingesetzten zwölfgliedrigen Ausschusses ist nun der Ansicht, daß man an die Stelle des vom Senat beschlossenen Artikels eine Verfügung annehmen müßte, welcher zufolge jeder Präsident das Recht erhielte, die zur inneren und äußeren Sicherheit der Kammern notwendigen Truppen auf direktem Wege zu requirieren. Wie die „République Française“ ausführt, würde dadurch, daß man den Kriegsminister in den fraglichen Artikel des Garantiegesetzes einschleibt, dem letzteren eine Bedeutung beigelegt, welche den Zweck des ganzen Gesetzes vereiteln könnte. Sie verweist unter anderem darauf, daß beispielsweise ein Rochebonet als Kriegsminister die zum Schutze der Kammern begehrt Truppen gewiß dem Kommando eines Generals anvertraut haben würde, von welchem er überzeugt war, daß er eher zu einem Handstreich gegen die Republik, als zu deren Vertheidigung bereit sei. Es unterliegt auch kaum einem Zweifel, daß der Senat sich diesen Gründen nicht verschließen und daß damit der ganze Conflict spurlos beseitigt wird. Den Monarchisten, die noch immer auf den Fall einer Sprengung der Kammern und den Sturz der Republik hoffen, ist natürlich ein Gesetz ein Vergerniß, welches dem Präsidenten der Nationalversammlung das Recht gibt, unmittelbar Truppen requirieren zu können. Doch sind sie in diesem Falle machtlos und ihre Opposition dagegen ohne Aussicht auf Erfolg.

In Bezug auf die Occupation von Novibazar wird der „Kölnischen Zeitung“ aus Wien geschrieben, daß der von der Pforte ernannte erste Kommissär für die militärische Inspection des Occupationsgebietes sich bereits auf dem Wege nach Serajewo befindet, wo er sich Anfang nächster Woche dem Herzoge von Württemberg zur Verfügung stellen wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sodann die in Besichtigung der Straßen und der Erforschung geeigneter Garnisonsorte für die österreichische

Jetzt erhob Helene das Auge, ihr Gesicht war noch bleicher als vorhin, aber unendlich ruhig. „Es ist nichts vorgefallen, Herr Graf,“ sagte sie entschlossen; „nur mein eigener unbeeinflusster Wille ist es, daß Sie mich ferner nicht aufsuchen. Wir müssen uns trennen, Georg,“ fuhr sie mit einer gewissen Hast fort, als fürchte sie, wieder wankend in ihrem Entschlusse zu werden, als sie sah, wie ihre Worte den Grafen berührten, „es kann nicht länger so bleiben. Ich weiß, daß es nicht mehr so zwischen uns ist, wie es sein soll, und bevor ich erlebe, daß du mich von dir stößest, lieber will ich mich jetzt freiwillig von dir trennen, da ich denke, daß deine Stellung dich hindert, mir dein Wort zu halten. Versuche nicht, mich in meinem Entschlusse wankend zu machen,“ fuhr sie flehend fort, indem sie ihre Hände emporhob, „es würde dir nichts nützen. Ich habe meinem sterbenden Vater gelobt, nichts zu thun, was mich mit Neue auf mein vergangenes Leben zurückblicken läßt. Noch habe ich nichts zu bereuen, aber ich müßte meine Liebe zu dir bereuen, wenn ich dich als einen Mann kennen lernen sollte, der sie nicht verdiente.“

(Fortsetzung folgt.)

Besatzung bestehenden Arbeiten der gemischten Kommission sofort beginnen. Was die Stimmung der Bevölkerung anbelangt, so ist der Berichterstatter des „Rheinischen Weltblattes“ der Meinung, daß die Oesterreicher bis an den Lim ohne Kampf kommen dürften; über denselben hinaus zu gehen, erscheine jedoch unter allen Umständen bedenklich.

In der vorgestrigen Sitzung des deutschen Reichstages hat Bennigsen anlässlich des Antrages Frankenstein in der Garantiefrage einen Versuch gemacht, sich vor dem Verdachte zu retten, als ob er der Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers auch jenes Streben nach nationaler Einheit opfern wolle, welches bekanntlich das erste und in letzter Zeit fast das alleinige Dogma der national-liberalen Partei abgab. Bennigsen erklärte nämlich, daß er für den Fall, als der im Sinne der Particularisten gehaltene Antrag Frankensteins angenommen würde, gegen den ganzen Zolltarif stimmen würde. Selbstverständlich muß diese Erklärung jetzt, wo die Compromisse mit dem Centrum und den Conservativen dem Reichskanzler die Unterstützung Bennigsen's entbehrllich erscheinen lassen, vollständig wirkungslos bleiben. Bismarck läßt den Mohren, der seine Schuldigkeit gethan hat, ohne Nührung laufen, und die unabhängigen Mitglieder der früheren national-liberalen Partei dürften wenig Neigung haben, den abtrünnig gewordenen und nun doch vom Kanzler fallen gelassenen ehemaligen Führer wieder in Gnaden aufzunehmen. Besonders scharf spricht sich in dieser Beziehung die Berliner „Volkszeitung“ aus, indem sie sagt:

„Mag die national-liberale Partei, wie der zerrißene Stiefel, den man mit Wasser begießt, sich auf einige Zeit wieder zusammenziehen — es soll unvergessen bleiben, daß Herr v. Bennigsen die Hand zum Compromiß geboten hat, das unter national-liberaler Sanction das Glend des neuen Tarifs, der Finanzzölle, der Brod- und Fleischsteuer über das Land gebracht haben würde, wenn nicht Fürst Bismarck die Hand zurückgestoßen hätte. Wenn Herr v. Bennigsen im Unmuth darüber, daß sein Compromiß, obwohl er es doch billig genug machen wollte, keine Gnade vor den Augen des Fürsten-Reichskanzler gefunden, sich verdrießlich linkswärts in die Büsche schlägt, wenn er angesichts der stundenlangen Konferenzen des Kanzlers mit der Meppener Excellenz endlich an seiner eigenen Regierungsfähigkeit verzweifelt — in den Reihen der Opposition kann er nur Schaden stiften.“

Vermischtes.

— Das Ende eines Magnaten. Vor kurzem ist in Gaes Graf Johann Jorgach gestorben. Er war der Sohn des bekannten Magnaten Anton Jorgach, machte aber seiner reichbegüterten, angesehenen Familie wenig Ehre. In seiner Jugend war er ein aufgeweckter, hübscher Bursche, nicht ohne Bildung. Als Mann lebte er in Spelunken, Branntweinhäusern und war nie nüchtern. Heute war er Kavalier, morgen ein zerlumpter Bettler. Sein Vater schickte ihm Tausende, er verzehrte das Geld im wenigen Stunden, er kam aus dem Hause nicht heraus, in welchem er sein Gewissen zu betäuben, die Vergangenheit zu vergessen suchte. Als schmüder Junge hatte er eine sehr reiche, aber ältliche Frau geheiratet; das Leben mit ihr vermochte er nicht zu ertragen, er suchte in den Armen der Sirenen Zerstreuung und vergeubete wahnsinnige Summen. Eines Tages war er Bettler. Im Winter brachten Pesther Blätter die Mittheilung, daß ein Graf J. infolge Deliriums in das Hochspital gebracht worden sei. Er gesundete, aber nicht auf lange. Vor kurzem ist er nun gestorben. Wenn er unter junge Leute kam, war sein erstes Wort immer: „Kinder, heiratet nicht gegen eure Neigung.“

— Hausbesitzer und Infant. Als dem spanischen Don Alfonso in Graz das Wahlcertificat

zugestellt wurde, lautend an Don Alfonso, Hausbesitzer und Infant, schickte er dasselbe an den Stadtrath zurück mit dem Bemerkten, man möge die sonderbar stilisierte Bezeichnung ändern.

— Der neue Rhedive und seine Mutter. Mit der Thronbesteigung des neuen Rhedive ist nun auch dessen Mutter, Tscheschmet Ahsch, aus dem Dunkel des Harems in die Öffentlichkeit getreten, da sie von nun an als Sultanin-Balide (Mutter des Fürsten) eine eigene Apanage und eine eigene Hofhaltung erhalten und dabei auch, wie es im Oriente üblich ist, einen großen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte ausüben wird. Ihr Vater soll in einem Dorfe unweit von Achalzit im Kaukasus Lehrer und Moscheenvorbeter gewesen sein. Ibrahim Pascha, der Vater des Ex-Rhedive, erstand sie dann von einem Sklavenhändler in Trapezunt für einen sehr hohen Preis und bestimmte sie für seinen Sohn. Gerühmt werden von dieser Dame ihre Liebe zur Einfachheit und ihre Sorgfalt für die geistige Erziehung ihres Geschlechtes. So ließ sie hier eine Arbeitsschule für türkische und arabische Mädchen errichten, die sie aus ihren Nadelgeldern erhielt. Mit großem Eifer wachte sie nun über den Fortschritt ihrer Pflinglinge, die sie oft zu sich in den Palast kommen ließ, wo dieselben ihr dann ihre Hand- und Schularbeiten vorlegen mußten.

— Vom japanesischen Kaiserhofe. Die japanesischen Blätter, darunter auch die amtlichen, verkünden die frohe Botschaft, daß der Kaiser von Japan, Muç-hito, für die nächsten Tage außer-eheliche Vaterfreuden von den zwei Damen Sawarabi Sindschi und Hamamazu Schodschi erwarte.

Lokal- und Provinzial-Angelegenheiten.

— (Sammlung für Abbrändler.) Die heutige Nummer der „Laib. Btg.“ bringt die Mittheilung, daß der Landespräsident sich in Anbetracht des großen, auf 6000 fl. bezifferten Schadens, welchen der Brand vom 30. Juni in der Ortschaft Gora im Reifnitzer Bezirke verursachte, sowie mit Berücksichtigung des weiteren Umstandes, daß von den zehn Abbrändlern nur drei ihren Besitz versichert hatten, benogen gefunden habe, eine Sammlung milder Beiträge im ganzen Kronlande zugunsten der Beschädigten zu veranstalten.

— (Zur Affaire Kopper.) Wie wir erfahren, hat Landwehroberlieutenant Josef Kopper, dessen in Wien erfolgte Verhaftung unser gestriges Blatt meldete, auch Laibach zum Schauplatz seiner Erpressungsversuche ausersehen. Und zwar war es die Firma Luchmann, an welche ein Exemplar seiner in ihrem hauptsächlichsten Inhalte bereits geschickten Drohbrieife eintief. Die Summe, welche der Schwindler beanspruchte, war mit 4000 fl. beziffert. Aus jeder Zeile des Briefes grinst dem Empfänger eine Todesandrohung entgegen, was jedoch nicht hinderte, daß der Adressat die Forderungen des interessanten Briefes nicht nur nicht erfüllte, sondern letzteren trotz der Drohung, daß jeder Versuch einer Anzeige den Tod nach sich ziehen würde, der Polizei übergab. Vielleicht sind wir in der Lage, unseren Lesern demnächst den Wortlaut des Schreibens mitzutheilen.

— (Gemeinderathssitzung.) Morgen nachmittags 5 Uhr findet eine öffentliche Sitzung des Laibacher Gemeinderathes mit folgender Tagesordnung statt: I. Bericht der Rechtssection über die Behandlung des von den Herren Johann, Josef, Carl, Anton und Theodor Luchmann in Angelegenheiten an ihren Vater Herrn Lambert Carl Luchmann gewidmeten Armenfondskapitales von 3000 fl. in österreichischer Notenrente. II. Bericht der Polizeisection über die vollzogene Neuregulierung der Todtenbestattung. III. Bericht der Finanzsection über die Einführung von Ganggeldern für die magistratischen Diener bei dienstlichen Exkursen. IV. Selbstständiger Antrag des Gemeinderathes Regali auf Ernennung von Ehrenbürgern. — Nach Schluß der öffentlichen folgt eine geheime Sitzung.

